

### Antrag des Synodalen Hotop – Unterbinden des Exportes von Kriegswaffen

Die Synode möge beschließen:

1. Die Landessynode fordert die Bundesregierung auf, bei der Genehmigung von Kriegswaffenexporten aus deutscher Entwicklung und Produktion genauestens den EU- Verhaltenskodex zum Rüstungsexport vom Mai 1998 und den Gemeinsamen Standpunkt 2008/944/GASP des Rates der Europäischen Union zu befolgen.
2. Die Landessynode fordert die Bundesregierung auf, die in Deutschland geltenden Gesetze zum Export von Kriegswaffen weiter zu verschärfen und deren Einhaltung zu überwachen, so dass es in Zukunft ausgeschlossen ist, dass deutsche Waffen in den Kriegs- und Krisengebieten der Welt zum Einsatz kommen.
3. Die Landessynode fordert die Bundesregierung auf, den Prozess zur Erteilung einer Ausfuhrgenehmigung von Waffen öffentlich und transparent zu gestalten und Ausfuhranträge über einem Finanzvolumen von 1 Mio. € dem Bundestag zur Entscheidung vorzulegen. Über alle Entscheidungen ist jährlich und öffentlich Bericht zu erstatten.
4. Die Synode fordert die Bundesregierung auf, den Export von Waffen schrittweise immer weiter einzuschränken, so dass innerhalb der nächsten 10 Jahre keinerlei Waffen mehr exportiert werden. Der Rüstungsindustrie soll in dieser Zeit Unterstützung zur Umstellung auf eine zivile Produktion gewährt werden.
5. Die Landessynode fordert die Bundesregierung auf, ihren internationalen Einfluss zu nutzen, um den Export von Kriegswaffen global immer weiter einzuschränken, mit dem Ziel, den Waffenexport insgesamt zu unterbinden.  
Die Bundesregierung soll sich dafür einsetzen, dass besonders verbrecherische Waffensysteme wie Anti-Personen-Minen und Streumunition international geächtet werden. Deutschland hat das Übereinkommen zur Nichtverwendung von Streumunition unterzeichnet und ratifiziert. Es ist am 1. August 2010 in Kraft getreten. Länder, die einen Beitritt zu Abkommen verweigern, die solche Waffensysteme verbieten, sollen immer wieder mit Nachdruck zum Beitritt zu diesen Abkommen aufgefordert werden.

#### Begründung:

Seit Jahren ist Deutschland einer der größten Rüstungsexporteure weltweit. Es sollte durch deutsches Recht, und durch Vereinbarungen auf internationaler und auf europäischer Ebene eigentlich ausgeschlossen sein, dass deutsche Waffen benutzt werden, um Menschenrechtsverletzungen zu begehen oder dass sie in Kriegs und Krisengebieten zum Einsatz kommen. Ebenfalls seit Jahren werden jedoch Kriegswaffen oder Waffentechnologie aus Deutschland in zumindest zweifelhafte Länder exportiert. Zu nennen sind hier beispielsweise die sich feindlich gegenüberstehenden Atommächte Indien und Pakistan. Ebenfalls Saudi-Arabien, jenes Land das die Rechte von Frauen in unglaublicher Weise mit Füßen tritt.

Weitere Empfängerländer von Deutschen Waffen sind z. B. Brasilien, Indonesien, Kolumbien, Libyen, Malaysia, Marokko, Philippinen und Tunesien.

Mehrere dieser Empfängerländer entsprechen den Kriterien, in welche die Waffenexporte eigentlich ausgeschlossen sein sollten. Hinzu kommt, dass in vielen Empfängerländern große Armut herrscht und die staatlichen Ausgaben in den Empfängerländern sinnvoller dazu verwendet werden müssen um die sozialen Probleme zu lösen. Faktisch trägt der Waffenexport unseres Landes zu dem Elend in vielen Ländern der Erde maßgeblich bei.

Unsere Arbeitsplätze und die Gewinne in der Rüstungsindustrie bezahlen nur zu oft die Ärmsten in der Welt mit ihrem Leben, ihrer Gesundheit oder ihren Zukunftschancen.

Niemand kann garantieren, dass deutsche Waffen nicht doch in die Hände von verbrecherischen Organisationen oder Staaten gelangen. Es ist unmoralisch und verbrecherisch, mit Dingen Gewinn zu machen, die Anderen Leid bringen und in der Folge unsere Gesellschaft dazu verpflichtet, den angerichteten Schaden dann möglicherweise durch Auslandseinsätze der Bundeswehr zu begrenzen. Die Konflikte unserer Zeit sind oft so mörderisch, weil sie mit modernsten Waffen geführt werden, die sie aus Deutschland oder anderen Industriestaaten geliefert bekommen.

Selbst der Export von Kriegswaffen an Staaten der EU und der NATO muss eingestellt werden. Griechenlands Finanzkrise rührt zum Teil aus den exorbitanten Rüstungsausgaben, welche zum größten Teil gegen den NATO-Partner Türkei gerichtet sind.

Als Anfang der 1990-er Jahre Schützenpanzer aus NVA-Beständen an den NATO-Partner Türkei geliefert wurden, tauchten diese wenig später im Krieg gegen die kurdische Arbeiterpartei (PKK) auf. Tausende zivile Opfer waren die Folge.

weiterführende Informationen unter <http://www.bicc.de>

#### Anmerkung:

Am 23. und 24. April 2010 trafen sich in Hausen bei Arnstadt Vertreter der Friedensgruppen aus dem Gebiet der EKM. Bei diesem Treffen wurde dieser Antrag vorbereitet und abgestimmt. Angesichts des Friedensauftrags Jesu Christi wird die Landessynode gebeten, o.g. Beschluss zu fassen.